



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0896890

P/XIII/118 - 29. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Der Sozialismus zwischen gestern und morgen Zur Diskussion um das Grundsataprogramm der S P D Von Ulrich Lohmar, MdB	221
4	Ostblockstaaten verringern Truppenstärke Strategische Umgruppierung - Neue Warnungen aus Moskau	50
5 - 6	Dr. h.c. Strauss schießt mit Flugpatronen Sandkastenkrieg gegen die SPD-Wehrkonzeption	101
7	Alarmruf aus München Zum Kongress der "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände	47

* * * * *

Der Sozialismus zwischen gestern und morgen

Von Ulrich Lohmar, MdB.

In Stuttgart haben die Sozialdemokraten den Entwurf ihres neuen Grundsatzprogramms diskutiert. Zwölf Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat es gedauert, bis sich die SPD dazu entschliessen konnte, eine Tatbestandsaufnahme ihrer Ziele, ihres gesellschaftlichen und geschichtlichen Standorts und ihrer politischen Methodik zu versuchen. Das deutet auf die Schwierigkeiten hin, die der Formulierung eines demokratischen Programms entgegenstehen, das mehr sein will als ein Bündel von Schlagworten oder eine Sammlung tagespolitischer Gesichtspunkte.

Das Bild unserer Zeit

Die Sozialdemokratie sieht ihre politische Aufgabe heute wesentlich realistischer und nüchterner als vor einigen Jahrzehnten. Sie vertraut nicht mehr darauf, dass der Sozialismus als eine historische Zwangsläufigkeit sozusagen von selber kommen müsse. Man ist sich einig darüber, dass die Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit und des gemeinschaftlichen Handelns der Menschen von bleibendem Wert für die konkrete Ausprägung der Zielsetzung einer sozialistischen Politik sein müssen. Aber es handelt sich darum, was diese Werte gegenwärtig in Bezug auf die Ordnung des gesellschaftlichen Lebens praktisch bedeuten sollen, wie sie für den einzelnen Menschen sichtbare und überzeugende Gestalt gewinnen können. Man wird sagen dürfen, dass die sozialistische Politik eine nach Begabung und Leistung differenzierte Gesellschaft ohne Vorrechte anstrebt. Wie sie zu erreichen ist, bleibt auch nach der Vorlage des Programmentwurfs der Diskussion offen.

So wird sich das Programm eingehender befassen müssen mit den neuen Abhängigkeiten, die die technische und industrielle Gesellschaft entstehen lässt. Wir denken dabei an die Bürokratisierung der Politik, der Wirtschaft und des Staates, einen Tatbestand, der sich heute in allen entwickelten Industriestaaten zeigt. Die Bürokratisierung erweist sich überall als ein entscheidendes Hemmnis für eine demokratische Gestaltung des Zusammenlebens der Menschen.

Nicht zu übersehen sind auch die Probleme, die sich aus der seelischen Ausensteuerung der Menschen ergeben können, die wir heute in der Verkaufswerbung ebenso beobachten können wie in der politischen Propaganda. George Orwells Warnung vor dem Jahre "1984" ist keine abseitige Stimme gewesen, sondern sie hat uns auf eine mögliche und schreckliche

29. Mai 1958

Wirklichkeit hingewiesen, die ein sozialistisches Programm in seinen Analysen und Folgerungen beachten muss.

In Stuttgart hat man gemeint, wir lebten auch heute noch in einer Klassengesellschaft, und die These von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft sei kaum ernstzunehmen. Wir meinen, dass die tatsächliche Situation komplizierter ist. Eine Klassenstruktur haben wir heute zweifellos im Bereich des ökonomischen Machtgefüges der deutschen Gesellschaft, und zwar auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges. Aber im Verhalten der Menschen als Verbraucher und in der Freizeit zeichnet sich die Nivellierung ihrer Ansprüche und Gewohnheiten als eine grosse Gefahr ab. Uniformität des Denkens und des Verhaltens aber muss ein Gegenstand sozialistischer Kritik bleiben, wenn die eigene Verantwortlichkeit und das kritische Urteilsvermögen der Menschen eine sozialistische Ordnung auszeichnen und in ihr möglich sein sollen.

Mit den Problemen der Bürokratie, der Manipulation und der wesentlichen Strukturmerkmale unserer Gesellschaft sind nur einige Fragen angesprochen, die im zeitanalytischen Teil des Programms der SPD eingehender und präziser gefasst werden sollten. Man wird sich dabei der Mitarbeit von Wissenschaftlern der verschiedenen Fachrichtungen sehr weitgehender versichern müssen.

Das gilt vor allem auch für die möglichen Formen der friedlichen Verwendung der Kernenergie, die heute noch als die grosse Erholung über der Menschheit schwebt. Technik und Wissenschaft erweisen sich ganz allgemein immer mehr als Faktoren, die nicht nur die innere Ordnung Deutschlands prägen, sondern die darüber hinaus im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus eine ausserordentliche Bedeutung gewinnen. Die Entscheidung über das politische Gesicht unserer Welt wird in den Hörsälen und Fabriken fallen, nicht in der atomaren Rüstung. Wenn die freien Völker der Welt das nicht begreifen und den um ihre eigene Ordnung ringenden Staaten in Afrika und Asien nicht zur Hilfe eilen, dann haben wir eine entscheidende Schlacht um die demokratische und damit sozialistische Gestaltung der Welt verloren. Die Weichen für die politische Entwicklung der nächsten fünfzig Jahre aber werden heute gestellt, und es ist hohe Zeit, dass sich auch die Sozialistische Internationale hier zu klaren Entschlüssen durchringt.

Kritik und Aufgabe der Programmdiskussion

Der Entwurf des Grundsatzprogramms ist in einer Hinsicht besonders aufschlussreich für den unbefangenen Leser. Ein wesentlicher Raum wird der historischen Entwicklung der Industriegesellschaft in Deutschland und dem Werden der Sozialdemokratie gewidmet. Das ist ein für Historiker sehr interessantes Thema. Aber die in unsere Zeit hineingestellten Menschen wollen wissen, was die Sozialdemokratie hier und jetzt zu tun gedenkt, um ein ihren Zielen entsprechendes Gemeinwesen aufzubauen. Man mag das für unsachgemäss halten, aber es ist eine Tatsache. Die Gegenwart ist in so vieler Hinsicht neu und in ihren Fragestellungen erregend, dass man das Schwergewicht eines sozialistischen Grundsatzprogramms darauf richten sollte, alle die Fragen zu beantworten, die den Menschen der Gegenwart bewegen und die seine Zukunft mitentscheiden werden.

Es fällt auf, dass der Programmentwurf allzu einseitig aus der Situation einer Oppositionspartei in der Bundesrepublik formuliert wurde. Das aber ist eben nicht das entscheidende Problem! Es geht vielmehr darum, die Last der Jahre der Opposition abzustreifen und den Blick auf den Zeitpunkt zu richten, wo die SPD den Kurs des westdeutschen Teilstaates bestimmen und ihre Politik auf eine gesamtdeutsche Ordnung richten kann. Ein Grundsatzprogramm muss die Perspektiven seiner Leser weiten. Es muss ihnen neue Ausblicke geben und den Mut, den Ausbruch über den Alltag hinaus zu wagen.

Eine solche Zielsetzung wird sich auch in der Sprache des Programms ausdrücken müssen, die knapp, klar und von ihrer Sache überzeugt sein muss. Diese Sprache wird man nur finden können, wenn man den historischen Überblick klar trennt von den Aufgaben, die der Sozialdemokratie unserer Tage aufgegeben sind.

Für eine Diskussion mit den beiden grossen Kirchen in Deutschland ist das besonders wichtig. Es handelt sich hier weniger darum, in der geschichtlichen Entwicklung begründete Missverständnisse und Spannungen parteioffiziell zu den Akten zu legen, sondern es geht um die Frage, ob sich die beiden Kirchen bereitfinden können, eine auf gemeinsamen Grundwerten getragene demokratische Gesellschaft zu bejahen und den politischen Parteien als solchen nicht anzusehen, eine so oder anders geartete weltanschauliche Position zu beziehen. Die Lösung dieser Aufgabe wird für die Chancen einer demokratischen Ordnung in Deutschland mitentscheidend sein.

Die SPD wird sich in ihrem Grundsatzprogramm auch dazu entschliessen müssen, dem Drängen der grossen Vereinfacher zu widerstehen. Unsere Gesellschaft ist nun einmal vielschichtig, und dieser Tatsache kann ein auf weite Sicht formuliertes Programm nicht ausweichen. Damit ist zugleich gesagt, dass sich ein Grundsatzprogramm für die politische Aktion des Tages kaum eignet. Es kommt darauf an, daraus ein Arbeits- und ein Wahlprogramm zu entwickeln, worin die vorrangigen Ziele sozialistischer Politik einen klaren Ausdruck finden müssen. Programm und Propaganda sollen darin übereinstimmen, dass sie einen Einklang in Theorie und Praxis ermöglichen. Die Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft einer modernen politischen Bewegung hängt letzten Endes davon ab, ob sie es vollbringt, in einer unüberschaubar gewordenen Gesellschaft die Einheit von Idee und Tat zu schaffen und dadurch Geschichte zu gestalten.

Ostblockstaaten verringern Truppenstärke

ler. Noch nicht lange zurück liegt die Zeit, da die in London gescheiterten Abrüstungsverhandlungen eines Unterausschusses der UNO sich auch um die Frage drehten, in welchen Stärkeverhältnisse die Armeen der NATO-Staaten und der Ostblockstaaten zueinander stehen sollten. Einmal war man einer Einigung fast nahe, doch wenn eine Seite ein Zugeständnis machte, gab die andere Seite ihren Vorschlag auf, da sie in dessen Annahme eine teuflische List des Gegenspielers vermutete. Nun erleben wir seitdem ein erstaunliches Spiel: der Westen und der Osten nehmen, was ihre Heeresstärken anbelangt, einseitige Reduzierungen vor. Den Anfang machte vor einigen Jahren die Sowjetunion, sie schickte weit über eine Million Soldaten aus den Kasernen zurück in die Industriebetriebe und Kolchosen. Das seinerzeit vielumstrittene englische Weissbuch bereitete die britische und die Weltöffentlichkeit auf eine allmähliche Truppenverringerung Grossbritanniens vor, wovon auch die in Deutschland stationierten britischen Truppen nicht unberührt blieben. Noch in diesem Jahr werden weitere 15 000 britische Soldaten in die Heimat zurückkehren. Das Gros der französischen Armee befindet sich ohnehin in den Sandwüsten Nordafrikas ...

Auf der Moskauer Konferenz der Ostblockstaaten wurde nun eine nochmalige Reduzierung der Heeresstärke beschlossen. Insgesamt sollen noch in diesem Jahr 419 000 Soldaten ihre Uniform ablegen und als Arbeiter, Bauern und Angestellte in die Wirtschaft zurückkehren. Dazu gehörte auch die Ankündigung Moskaus, sämtliche in Rumänien stationierter sowjetrussischer Truppen in der "allernächsten Zeit" zurückzuziehen, wie auch die Zurücknahme einer Sowjet-Division aus Ungarn. Eines der beliebtesten Argumente westlicher Politiker war, Moskau werde "niemals" einen solchen Schritt tun können, da es dann Aufstände in den Ostblockstaaten zu befürchten habe. Dieses Argument sticht nicht mehr; es spricht für die mangelnde politische Urteilsfähigkeit seiner Befürworter, es diene oft auch als Bemäntelung für das Ausweichen vor sowjetrussischen Initiativen.

Die angekündigte Truppenverminderung in den Ostblockstaaten verändert gewiss nicht die grundlegende militärische und strategische Position der Sowjetunion, aber die Westmächte wären schlecht beraten, würden sie deren psychologische Auswirkungen auf die Weltöffentlichkeit und für die Beziehungen Moskaus zu den Ostblockstaaten unterschätzen. Wieder einmal ist es Bonn, das diesen Moskauer Beschluss recht abschätzig beurteilt, ihm keinerlei Bedeutung zuschreibt, ganz im Gegensatz zu Eisenhower, der sich aus guten Gründen einer Stellungnahme enthielt. Westliche Beobachter in Moskau und vor allem die USA-Botschaft warnen davor, die Moskauer Ankündigungen - sie enthalten auch die Bereitschaft zum Abschluss eines Nichtangriffs-Paktes zwischen den Ländern des Warschauer Paktes und der NATO - leichtfertig in den Wind zu schlagen. Die Moskauer Beschlüsse besagen aber noch mehr: sie enthalten die Drohung Chruschtschows, hinter dem Eisernen Vorhang Raketenabschussbasen für mittlere Raketen zu errichten, falls die Bundesrepublik darauf besteht, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten und Raketenabschussbasen zu bauen. In den Vereinigten Staaten ist gegenwärtig eine heftige Diskussion über die Unvermeidbarkeit kleiner Kriege mit "abgestufter Machtanwendung" im Gange, das heisst, man rechnet, da die Strategie der Totalabschreckung bei dem Gleichgewichtsverhältnis zwischen West und Ost in Nichts zerfallen ist - mit der Möglichkeit begrenzter, mit taktischen Atomwaffen geführter Kriege, ohne dabei die Schlagadern des Hauptgegners aufzureissen zu müssen. Die Sowjetunion stellt sich als Antwort auf die neue USA-Strategie auf die Möglichkeit begrenzter Kriege im Atomzeitalter ein - sie mag dabei mit Rieswunden herauskommen, aber für die mitteleuropäischen Völker ist dies der Marsch zum Atomtod.

Dr. h. c. Strauss schießt mit Platzpatronen

E.K. Der "Bundesminister für Verteidigung, Dr. h. c. Franz Josef Strauss" hat unter dieser Firmierung einen Sandkastenkrieg gegen die vom Stuttgarter SPD-Parteitag nahezu einmütig gebilligte Wehrentschliessung begonnen. Er hat seinen Planspiel eine sozialdemokratische Wehrkonzeption zugrundegelegt, die so, wie er sie darstellt, gar nicht existiert. Strauss schießt mit Platzpatronen, die er als scharfe Kunition ausgießt, gegen Pappsoldaten, die er als Feindtruppen ansprechen möchte. Das Ergebnis dieses Saalkrieges ist olamocel. Der Verteidigungs-Ohrendoktor hat sich selbst revierkrank geschossen.

Strauß hat seinen polemischen Anti-SPD-Artikel "Die Attrappe einer Wehrkonzeption", der in der CDU-offiziösen "Politisch-Sozialen Korrespondenz" erschienen ist, den anspruchsvollen Untertitel "Gedanken zur Entschliessung der SPD" gegeben. Schon eine flüchtige Lektüre lässt aber erkennen, dass sich Strauss ganz offensichtlich nur auf irgendwelche CDU-treuen Zeitungsberichte gestützt hat, und die Wehrentschliessung der SPD selbst gar nicht studiert haben kann. Anders ist es nämlich nicht zu verstehen, dass der Minister allen Ernstes behauptet, die SPD berücksichtige nicht in ihrer Wehrkonzeption unter anderem die militärischen Kräfteverhältnisse in Europa und in der ganzen Welt oder die vertraglichen Bindungen in der NATO. Zu beiden Punkten wird in der SPD-Entschliessung sehr ausführlich und sehr klar Stellung genommen.

Das muss man allerdings nachlesen, bevor man kritisiert, sonst produziert man keine Gedanken, sondern nur Gedanken-Attrappen. Die ministerielle Kritik wird auch dadurch nicht beweiskräftiger und ideenreicher, dass sie in nahezu jedem Absatz und kaum modifiziert die Adenauer-Drehorgel ableiert, dass die Vorstellungen und Konzeptionen der politischen Gegner unreal, wirklichkeitsfern und illusionär seien. Von einem Verteidigungsminister muss man schon mehr verlangen können als von einem CDU-Redner aus dem Schongau.

Der Bundesminister für Verteidigung kann und darf es sich dagegen einfach nicht leisten, in seinen "Gedanken" so zu tun, als ob die SPD ihre Konzeption von dem "angemessenen Verhältnis ihrer eigenen Verteidigungsanstrengungen zu denen ihrer unmittelbaren Nachbarn, insbesondere zu den deutschen militärischen Kräften auf der anderen Seite der Demarkationslinie" willkürlich in den leeren Raum gestellt hätte. Strauss muss wissen, dass die SPD diese These in eng verzahnte Verbindung mit ihren weiteren Konzeptionsteilen eines von der Grossmächten garantierten atomwaffenfreien Raumes in Mitteleuropa - als Vorläufer und erster Schritt zum gleichfalls Grossmacht-garantierten Sicherheitssystem - gebracht hat, in dem die Begrenzung und Kontrolle der einbezogenen Streitkräfte vertraglich festgelegt werden soll.

Strauß weiss das alles, weil er es oft genug gehört und gelesen hat, aber der Planspiel-Strategie kann diese Figuren in seinem Traumsandkasten nicht gebrauchen. Deshalb arbeitet er mit einer - in der von ihm frei bearbeiteten SPD-Wehrkonzeption angeblich vorgeschener - isoliert-west-deutschnationalen Verteidigung, deshalb stapelt er mit wilden Divisionszahlen hoch und deshalb düpiert er mit der aus der Luft gegriffenen Behauptung, dass die Streitkräfte der Zone und Polens nuklear bewaffnet und die konventionellen Bundesdivisionen ihnen deshalb "hoffnungslos" unterlegen seien.

Einmal in dieser Minowahnstresse festgefahren, lässt Strauss noch eine

kongeniale Philippika für die Wehrpflicht los, die mit den Ältesten
Kochenhütern jongliert. Wir greifen nur zwei Strauß-Punkte heraus. Einmal
veralte ein Berufsheer zu schnell, so dass seine Qualität vermindert wür-
de. Dieses Argument ist angesichts der Tatsache, dass auch in der Wehr-
pflicht-Bundeswehr Luftwaffe und Marine zwischen 70 und 80 v.H. und das
Heer über 50 v.H. aus Freiwilligen bestehen, gar jeder Überzeugungskraft.
Zum zweiten könnte man bei einer Berufsarmee unmöglich genügend Reserven
heranziehen. Dieses Argument ist das Produkt eines Denkens, dessen Blick-
feld auch heute noch durch die Scheuklappen des Mobilisierungsbefehls
eingeeengt ist, den man zu einem monatlang vorher eingeplanten Zeitpunkt
vor der Kriegserklärung an die Litfasssäulein kleben lässt. In einer Ära,
die für den Ernstfall höchstens fünf Sekunden Luftwarnzeit einräumt, ge-
hören Mobilisierung und "genügend" Reserven in die historische Abteilung
eines Kriegsmuseums.

Geradezu Hrnlich wird die Argumentation des Dr. h. c. Strauß gegen
die in der SPD-Konzeption zur Unterstützung der Freiwilligentruppe vorge-
schlagenen ortsgebundenen Einheiten aus kurzfristig ausgebildeten Frei-
willigen. Der Minister freut sich dießlich, dass er diesen Einheiten den
Namen "Freiwilligen-Miliz" anhängen kann, meint aber, dass die Verwirk-
lichung der SPD-Idee undurchführbar sei, weil es eine solche Gruppe "auf
der ganzen Welt nicht gibt". Wenn das kein durchschlagendes Argument ist,
wenn das keine Gedanken sind...

A propos Gedanken. Der Bundesminister für Verteidigung wirft der
SPD an irgendeiner Stelle seines Sandkasten-Kommentars vor, dass ihre Kon-
zeption schnurstracks zum Austritt aus der NATO und damit zum Unwirksam-
werden der Sicherheitsgarantien der Partner führen müsse. Die Beweislast
für diese Behauptung nimmt er zwar nicht auf sich, aber er meint, auch
die SPD müsse sich darüber klar sein, dass "ohne eine vertragliche Bin-
dung die USA niemals wegen unserer kleinen Bundesrepublik das Risiko
eines atomaren Weltkrieges auf sich nehmen würden". Man kann nur hoffen,
dass Strauß oder der Mann, der ihm den Artikelentwurf gemacht hat, bei
der Niederschrift dieses Satzes an gar nichts gedacht haben. Hätten sie
nämlich gedacht, dann hiesse der Satz, wenn Worte einen Sinn haben, dass
mit vertraglicher Bindung die USA doch das Risiko eines Atomweltkrieges
auf sich nehmen würden - "wegen unserer kleinen Bundesrepublik". Ein
solcher Gedanke, wenn er so gedacht sein sollte, käme dann allerdings
aus derselben Gehirnetage, der Strauß seinen wilhelminischen Satz von
den wehenden Fahnen entnommen hat, mit denen, so meint er, die Bundes-
republik untergehen müsste, wenn sie sich die SPD-Wehrkonzeption zu
eigen machen sollte.

Aus eben diesem Gehirnfach muss auch das Bild aufgestiegen sein,
mit dem Strauss der SPD den Totschuss geben möchte: "Die neue SPD-
Wehrkonzeption ist ebenso wenig eine Wehrkonzeption wie die Holzattrap-
pen der Reichswehr Panzer gewesen sind". Wir wollen gar nicht einmal so
böse sein und von den Panzeratruppen reden, mit denen die Bundes-
wehr des Herrn Strauss durchs Gelände geholt. Aber angesichts dieses
Panzeratruppen-"Arguments" des Dr. h. c. Franz Josef Strauß scheint einem
die doch zweifellos bewusst gewählte Assoziation seiner "Gedanken" zu
den "Gedanken und Erinnerungen" des Lissernen Kanzlers nicht einmal mehr
eine Anmassung zu sein.

+ + +

Alarmruf aus München

sp - Etwa 800 Delegierte der 102 000 Mitglieder der "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände" haben auf ihrem Kongress in München einen Alarmruf an die deutsche Öffentlichkeit gerichtet. Sie stellen fest, dass die Schule in der Bundesrepublik trotz des Wirtschaftswunders zum "Kriegsfolgengeschädigten Nr. 1" geworden ist. Schule und Pädagogik sind rückläufig geworden und befinden sich in einem Stadium, das die politische, wirtschaftliche und moralische Sicherheit unseres Volkes gefährdet. Grundriss und Prinzipien der deutschen Schulen stammen noch aus der Zeit der vorindustriellen Gesellschaft. In einem Manifest heisst es:

"Der Mensch hat seine Grösse im technischen Können erwiesen, er besitzt noch nicht die Grösse, die entfesselten Gewalten geistig und ethisch zu meistern; auch nicht die Reife, sich selbst und sein Heil imäderwerk der Zivilisationsapparatur zu bewahren".

Aus diesen unbestrittenen Feststellungen ergibt sich für den Erzieherkongress in München die Forderung nach einer grundlegenden Reform unserer Schulen, des Erziehungs- und Bildungswesens. "Wir müssen die Erziehung zu einer Macht erheben", erklärte unter grossem Beifall Rektor a.D. Weiss, Kürnberg, der in seinem Referat scharfe Kritik an dem Versagen Bonn's ügte.

Diese Warnungen sind nicht neu. Sie gehören zum Bestand der sozialdemokratischen Kulturpolitik, und aus ihnen ergeben sich die Forderungen, die der Münchener SPD-Parteitag von 1956 und der Stuttgarter Parteitag dieses Jahres erhoben haben. In Stuttgart sagte ein Delegierter, dass zum Beispiel Ägypten heute pro Kopf der Bevölkerung mehr für Kultur und Bildung ausgibt, als die Bundesrepublik. Der gleiche Delegierte erklärte, er habe ausgerechnet, dass für einen Manneskel der Bundeswehr ein höherer täglicher Verpflegungssatz gezahlt wird, als man in der Bundesrepublik pro Einwohner für Kultur und Bildung ausgibt.

Das sind Tatsachen, und es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände" in ihrem Manifest von München das grosse Versagen der die Bundesrepublik beherrschenden politischen Kräfte anklagt:

"Wir haben noch nicht einmal die Schulraumnot und den Schichtunterricht überwunden. Wir leben in einer Zeit grosszügiger wirtschaftlicher und militärischer Planungen, haben aber keinen Gesamtplan für den Ausbau des Schul- und Bildungswesens, für die Begabtenförderung, für die Nachwuchserkennung, für die Förderung von Wissenschaft und Forschung."

Niemand sollte den Alarmruf aus München überhören. Er schliesst mit den Worten:

"Wollen wir uns in dem gewaltigen welthistorischen Wandlungsprozess behaupten, dann genügt es nicht, das Bestehende zu wahren und zu verwalten. Gebieterisch fordert die Stunde: Erkennt den Ernst der Verantwortung! Seid bereit, das Opfer zu bringen, wie es die Grösse der Aufgabe erfordert! Erziehung entscheidet unser Schicksal! Findet den Mut zur Tat